

Überregionaler Pressespiegel 03.02.2012

Leipziger Volkszeitung | 03.02.2012

Neonazi-Aufmarsch am 18. Februar in Dresden wurde abgesagt – keine Entwarnung

Dresden. Rechtsextreme haben ihren geplanten Aufmarsch am 18. Februar in Dresden abgesagt. „Es liegen derzeit keine Anmeldungen aus dem rechten Lager mehr vor“, sagte Rathaussprecher Kai Schulz am Freitag und bestätigte damit Medienberichte. Die „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ habe sämtliche Anmeldungen für den 11., 13. und 18. Februar zurückgezogen. Für eine Entwarnung sei es aber noch zu früh, sagte Schulz. Bis zu 48 Stunden vorher könnten noch Demonstrationen angemeldet werden. „Wir sollten erst einmal abwarten, wie der 13. Februar verläuft.“ Für diesen Tag, den Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg, liegen zehn Anmeldungen für Demonstrationen vor, davon eine von Rechtsextremen. dpa

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/neonazi-aufmarsch-am-18-februar-in-dresden-abgesagt/r-mitteldeutschland-a-123856.html>

ähnliche Artikel:

Freie Presse

<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Neonazis-sagen-Aufmarsch-am-18-Februar-in-Dresden-ab-artikel7894974.php>

DER WESTEN

<http://www.derwesten.de/politik/neonazis-sagen-grossaufmarsch-in-dresden-ab-id6311250.html>

Neues Deutschland | 03.02.2012 | Ines Wallrodt

»Kein Verständnis von Demokratie«

Untersuchungskommission kritisiert Sachsens Polizei und Politik für ihren Umgang mit Anti-Nazi-Protest

Eine Untersuchungskommission von Bürgerrechtlern zum Umgang mit dem Neonazi-Aufmarsch in Dresden im Februar 2011 attestiert Politik und Behörden in Sachsen ein unterentwickeltes Demokratieverständnis. In wenigen Tagen wollen sie überprüfen, wie viel Dresden dazugelernt hat.

Bürgerrechtler haben die Stadt Dresden aufgefordert, bei den bevorstehenden Anti-Nazi-Protesten Mitte Februar die Rechte der Demonstranten zu achten. Vor einem Jahr sei die Versammlungsfreiheit »in einem erschreckenden Maße« verletzt worden, sagte Elke Steven vom Komitee für Grundrechte und Demokratie am Donnerstag in Berlin bei der

Vorstellung eines Untersuchungsberichts zu den Ereignissen 2011. Auf 60 Seiten haben darin unter anderem Rechtsanwälte, Vertreter der Grünen, der LINKEN sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft »Kirche und Rechtsextremismus« detailliert zusammengetragen, wie die sächsischen Behörden gegen Bürger vorgehen, die sich den Nazis friedlich in den Weg stellen wollten. »Sie wurden von vornherein als Störer behandelt und offenbar als eigentliches Problem wahrgenommen«, so der Vorwurf.

Die Liste der Maßnahmen reicht von Überwachungen und Datenerfassungen bis hin zu Pfeffersprayeinsatz, Ermittlungsverfahren und Hausdurchsuchungen. Als willkürlich und einseitig, kritisierte Peer Stolle vom Republikanischen Anwälten- und Anwälteverein das pauschale Demonstrationsverbot in der südlichen Altstadt, das für sämtliche, nicht von der Stadt abgesegneten Proteste verhängt worden war. Dieses Gebiet war für den Aufmarsch der Rechtsextremisten gesperrt. Kirchliche Mahnwachen etwa durften aber stattfinden.

Mit der Funkzellenabfrage, die zur Abwehr terroristischer Angriffe eingeführt wurde, sieht die Gruppe »jedes rechtsstaatliche Maß überschritten«. Jeder Mensch mit einem Handy, der sich zu diesem Zeitpunkt dort aufhielt, wurde dadurch behördlich registriert. Rechtsanwalt Stolle hat keinen Zweifel, dass nach dem sächsischen Datenschutzbeauftragten auch ein Gericht die Rechtswidrigkeit dieser flächendeckenden Datenerfassung feststellen wird.

Die Dresdner Staatsanwaltschaft ist bis heute damit beschäftigt, Teilnehmer und Initiatoren der friedlichen Sitzblockaden wegen des mutmaßlichen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, Landfriedensbruchs oder als kriminelle Vereinigung zu verfolgen. Dutzende Prozesse sind anhängig, 900 Verfahren laut Staatsanwaltschaft noch offen. Auch Landes- und Bundespolitiker, vorrangig der LINKEN, haben Post vom Gericht bekommen. Der hessische Landtag hob am Mittwoch die Immunität der beiden Fraktionschefs der hessischen LINKEN auf und machte damit den Weg für die eifrigen Sachsen frei. Die Ermittler halten Janine Wissler und Willi van Ooyen genauso wie andere Politiker der Partei für Rädelsführer einer Blockade im Februar 2010.

Wegen all dieser Maßnahmen kommt die alternative Untersuchungskommission zu einem scharfen Fazit: Politik und Behörden in Sachsen hätten weder das Versammlungsrecht der Bürger noch Demokratie als Ganzes verstanden, befinden die Bürgerrechtler. Zugespitzt formulierte es Wolf-Dieter Narr vom Grundrechtekomitee: Eine Gefahr für die Demokratie, so sagte er in Berlin, seien nicht zuvorderst die Naziaufmärsche oder die Blockaden. Gefahr gehe vielmehr von einer Staatsmacht aus, die einer falschen Grundannahme folge - »Demokratie zu schützen, indem man sie einschränkt«. Er ist gespannt, ob Stadt und Freistaat dieses Jahr »in der Lage sind, auf dem Boden des Grundgesetzes zu handeln«.

Eine kleinere Veränderung nehmen die Grundrechtsschützer wahr. So ruft die Stadt selbst zu einer Kundgebung in Hör- und Sichtweite der Nazis auf. »Das Trennungskonzept scheint Geschichte zu sein«, sagt Rechtsanwalt Stolle. Andererseits setze der Dresdner Polizeipräsident weiter auf Abschreckung, kritisiert er dessen Ankündigung, den »gesamten Instrumentenkasten« gegen Sitzblockierer einsetzen zu wollen. So will er weder auf Wasserwerfer noch auf die umstrittene Funkzellenabfrage verzichten. Das Grundrechtekomitee will deshalb in diesem Jahr erstmals mit eigenen Beobachtern vor Ort sein, um das Vorgehen der Polizei zu kontrollieren.

Das Bündnis »Dresden Nazifrei« will sich ohnehin nicht einschüchtern lassen und mobilisiert erneut zu Blockaden. Derzeit liegt den Behörden nur eine Anmeldung für einen Naziaufmarsch am 13. Februar vor. Das Gegenbündnis ruft dennoch auch für den Sonnabend danach zu Blockaden auf. Falls die Nazis tatsächlich ihren zentralen Wochenendaufmarsch aufgeben, »fällt uns bestimmt etwas anderes ein, eine Jubeldemo zum Beispiel«, sagt Ringo Bischoff, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft ver.di. Und auch für die staatliche Überwachung hat er eine Antwort: »Bringt ganz viele Handys mit«,

rät er Demonstranten. Soll doch die Polizei in ihrem Datenmeer untergehen.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/217426.kein-verstaendnis-von-demokratie.html>

ähnliche Artikel:

Junge Welt

<http://www.jungewelt.de/2012/02-03/056.php>

Junge Welt | 03.02.2012 Marion Baumann

»Politisch motiviert«

Blockieren ist strafbar? Hessens Landtag hebt Immunität von Fraktionsvorsitzenden der Linken auf. Wissler und van Ooyen sind empört

Der Wiesbadener Landtag hat am Mittwoch abend den Weg für Anklagen der Staatsanwaltschaft Dresden gegen die beiden Fraktionsvorsitzenden der hessischen Linkspartei freigemacht. Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde die parlamentarische Immunität von Janine Wissler und Willi van Ooyen aufgehoben. Wissler nannte dies »ein trauriges und zugleich bedenkliches Signal ins In- und Ausland«.

Den hessischen Linksfraktionschefs wird vorgeworfen, zu Blockaden des Nazigedenkmarsches am 13. Februar 2010 anlässlich der Bombardierungen von Dresden aufgerufen zu haben. Vor dem Landtag in Wiesbaden hatten sich zur Abstimmung zahlreiche Sympathisanten versammelt, um ihre Solidarität mit den betroffenen Abgeordneten zu bekunden. Da vor der Abstimmung keine parlamentarische Aussprache stattfand, durften sich Wissler und van Ooyen auch zu der Anklage nicht äußern. Der extra einberufenen Ältestenrat entschied, persönliche Erklärungen der Betroffenen abzulehnen. Zur Begründung heißt es, diese seien von der Geschäftsordnung nicht gedeckt.

Wissler nennt die Vorwürfe in einer Pressemitteilung »politisch motiviert«: »Wir werden verfolgt, gerade weil wir Parlamentarier sind, genau dagegen hätte uns die Immunität schützen müssen«. Mit »wir« meint sie nicht allein sich und van Ooyen. Auch dem Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei im Sächsischen Landtag, André Hahn, und seinem Thüringer Kollege, Bodo Ramelow, war die Immunität wegen Beteiligung an den Blockaden in Dresden aberkannt worden. Beide haben bereits Strafbefehle erhalten und sollen Geldstrafen zahlen. Hahn hat dagegen Widerspruch eingelegt und will eine Auseinandersetzung vor Gericht erwirken. Grund für die Ermittlungen der Dresdner Staatsanwaltschaft gegen die vier Abgeordneten sind Strafanzeigen von Neonazis. Davon kam eine aus der NPD-Fraktion des Sächsischen Landtages.

2010 hatten über 10000 Neonazigegner durch gewaltfreie Proteste und Sitzblockaden erstmalig den jährlich stattfindenden und europaweit größten »Trauermarsch« der Rechtsextremen in der sächsischen Landeshauptstadt verhindert. Die Folge waren zahlreiche Anzeigen.

Inzwischen laufen die Ermittlungen wegen der Blockaden im letzten Jahr. Wieder sind

Mandatsträger der Linkspartei im Visier der Staatsanwaltschaft. Am 24. Januar wurde gegen den sächsischen Landtagsabgeordneten Falk Neubert ein Verfahren wegen »Sprengung einer Versammlung« eingeleitet. Aus demselben Grund ermittelt die Behörde gegen die Bundestagsabgeordneten Caren Lay und Michael Leutert. Die Staatsanwaltschaft Dresden verlangt in einem Schreiben vom 19. Januar an Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Aufhebung der parlamentarischen Immunität beider. Darüber muß der Immunitätsausschuß des Deutschen Bundestages befinden. Über einen Termin für die Entscheidung sei aus dem Immunitätsausschuß keine Aussage zu erhalten, hieß es auf Anfrage in der Pressestelle der Linksfraktion im Bundestag.

Antje Feiks, Landesgeschäftsführerin der sächsischen Linkspartei, erwartet weitere Anklagen. Hinter den eingeleiteten Verfahren vermutet sie einen Einschüchterungsversuch im Vorfeld der diesjährigen Proteste. An denen werden sich wie in den Vorjahren neben Linksparteipolitikern auch Vertreter von SPD und Grünen beteiligen. Gegen diese wurde bisher jedoch nicht ermittelt.

Auch für 2012 sind Blockaden und kollektive Regelübertretungen angekündigt. Die Polizei gab bereits bekannt, mit einem »harten Durchgreifen« zu reagieren. In den Dresdner Neuesten Nachrichten kündigte Polizeipräsident Dieter Kroll an, den gesamten »Instrumentenkasten« seiner Behörde zu nutzen. Dazu gehöre auch »einfache körperliche Gewalt« sowie der Einsatz von Wasserwerfern und Räumpanzern. Darüber hinaus wird eine erneute Anwendung der Handydatenabfrage nicht ausgeschlossen.

<http://www.jungewelt.de/2012/02-03/041.php>

ähnliche Artikel:

Augsburger Allgemeine

<http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Immunitaet-aufgehoben-Empoerung-bei-hessischer-Linkspartei-id18582741.html>

Legal Tribune

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/5476/Linke-Immunit%C3%A4t/>

Junge Welt | 03.02.2012 |

Demokratische Pflicht

Willi van Ooyen, Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag, gab am Mittwoch eine persönliche Erklärung zur Aufhebung seiner Immunität ab:

Ich stehe vor Ihnen ohne Reue. Ich weiß Recht und Moral auf meiner Seite. Mich ermutigen die Worte des Bundestagspräsidenten Lammers, der am Jahrestag der

Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Deutschen Bundestag sagte, »die jüngst aufgedeckte Mordserie von Neonazis verpflichtet die Deutschen dazu, sich weiter mutig und engagiert gegen jede Form von Rechtsextremismus zu stellen«. Vielleicht sollten Sie, meine Damen und Herren (...), sich gelegentlich wieder einmal mit der deutschen Geschichte beschäftigen.

Es geht in unserem Fall nicht um Diebstahl und auch nicht um ein Verkehrsdelikt. Es geht um die Teilnahme an einer politischen Protestaktion gegen einen geplanten Nazi-Aufmarsch am 13. Februar 2010 in Dresden. Und ich bleibe ausdrücklich dabei: Es ist vor dem Hintergrund unserer Geschichte demokratische Pflicht, sich gegen solche Aufmärsche zur Wehr zu setzen!

Um die Frage einer mißbräuchlichen Strafverfolgung wirklich beurteilen zu können, sollten alle Abgeordneten zumindest den Sachverhalt kennen, um den es hier konkret geht.

Als Landtagsfraktion wollten wir uns an den Protestaktionen gegen den in der Dresdner Neustadt geplanten Naziaufmarsch beteiligen und zwar mit einer öffentlichen Fraktionssitzung unter freiem Himmel. Dies hatten wir angekündigt, allerdings ohne Angabe von Ort und Zeit und auch ohne die Aufforderung an andere, daran teilzunehmen. Es ging allein darum, daß wir uns treffen und daß auch die Landtagsfraktionen aus Thüringen und Sachsen sowie Abgeordnete des Bundestages und des Europaparlaments teilnehmen könnten.

Wir versammelten uns ab 8 Uhr im »Haus der Begegnung« an der Großenhainer Straße, jenem Ort also, an dem im letzten Jahr eine – wie wir inzwischen wissen – rechtswidrige polizeiliche Durchsuchung stattgefunden hat. Dort verabredeten wir, gemeinsam in Richtung Albertplatz aufzubrechen, wo am Nachmittag eine Gegenkundgebung stattfinden sollte. Doch wir kamen gar nicht bis zum Albertplatz, denn wir wurden bereits vor dem Bahnhof Neustadt auf der HansasträÙe von einer Polizeikette aufgehalten. Da ein Weiterkommen nicht möglich war, entschieden wir uns dazu, einfach vor Ort zu bleiben.

Ausgangspunkt für die staatsanwaltlichen Ermittlungen waren drei Strafanzeigen von Neonazis. Eine davon kam aus der NPD-Fraktion des Sächsischen Landtages, eine andere von einem bekanntermaßen rechtslastigen ehemaligen Richter, der leider auch mehrere Jahre in Sachsen am Oberlandesgericht tätig war. Ich finde, das sollten Sie wissen.

Die Staatsanwaltschaft Dresden informierte mich über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen angeblicher Sprengung einer Versammlung und bot zugleich an, dieses Verfahren gegen Zahlung einer Geldauflage von 500 Euro einzustellen. Nachdem ich die Zahlung abgelehnt hatte, erhielt ich vom Landeskriminalamt eine Vorladung zu einer Vernehmung als Beschuldigter. Ich zog es vor, über meinen Anwalt schriftlich Stellung zu nehmen und die Vorwürfe auszuräumen. Dennoch wurde das Verfahren nicht eingestellt. Statt dessen wurde beim Landtag die Aufhebung meiner und Janine Wisslers Immunität beantragt. (...)

<http://www.jungewelt.de/2012/02-03/038.php>

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 02.02.2012

TAZ | 02.02.2012 | Martin Kaul

Nicht schon wieder abhören

Vor einem Jahr sorgte die Erfassung von Handydaten bei Demonstrationen für Aufruhr. Nun mahnt ein Bündnis, die Polizei solle Grundrechte achten.

BERLIN taz | Vor den anstehenden Neonazi- und Gegendemonstrationen am 13. Februar in Dresden haben Bürgerrechtler die sächsische Polizei zur Einhaltung von Grundrechten aufgefordert. In einem am Donnerstag in Berlin vorgestellten unabhängigen Untersuchungsbericht zum Demonstrationsgeschehen vor einem Jahr listete das Komitee für Grundrechte und Demokratie aus Köln zahlreiche Verstöße auf, die sächsische Behörden zu verantworten hätten.

Bei Demonstrationen gegen verschiedene Aufmärsche von Neonazis hatten am 13. und 19. Februar 2011 tausende Menschen in Dresden versucht, gegen die Rechten mobilzumachen und ihre Aufmärsche zu blockieren. Die Polizei hatte dagegen scharfe Auflagen erlassen und war teils massiv gegen die Gegendemonstranten vorgegangen. Später wurde bekannt, dass bei einer massenhaften Erfassung die Handy-Verbindungsdaten tausender Demonstranten gespeichert worden waren.

"Das Hauptproblem in Dresden bestand nicht in der NPD oder den Gegendemonstranten", sagte Wolf-Dieter Narr vom Komitee bei der Vorstellung des Berichts, "das Hauptproblem waren die sächsische Regierung und sächsische Behörden, die teils massiv in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit eingriffen". Das Grundrecht sei nicht von Gruppen des politischen Randes, sondern aus der Mitte der Gesellschaft verletzt worden.

In dem Untersuchungsbericht ist auf 65 Seiten detailliert zusammengetragen, zu welchen Verstößen es bei den Demonstrationen im Februar 2011 staatlicherseits gekommen ist. Neben Juristen und Bürgerrechtlern waren auch Vertreter der Gewerkschaft Ver.di, der Grünen, der Linken und der Bundesarbeitsgemeinschaft "Kirche und Rechtsextremismus" an der Erstellung des Berichts beteiligt.

152 stille SMS verschickt

Die Intensität, mit der sächsische Behörden gegen Demonstranten aus dem linken Lager vorgehen, sorgt bis heute immer wieder für Streit. Am Mittwoch erst hob der hessische Landtag mit Stimmen von CDU und FDP die Immunität der Vorsitzenden der Linksfraktion im hessischen Landtag, Janine Wissler und Willi van Ooyen, auf.

Beide hatten sich im Jahr 2010 in Dresden gemeinsam mit den Linksfraktionen aus Sachsen und Thüringen an einer "öffentlichen Fraktionssitzung unter freiem Himmel" beteiligt, um ein Zeichen gegen die Neonazis zu setzen. Die Dresdner Staatsanwaltschaft wirft ihnen "Rädelsführerschaft" vor. Zuvor war bereits die Immunität des thüringischen Fraktionschefs der Linken, Bodo Ramelow, und seines sächsischen Kollegen André Hahn aufgehoben worden. Das Instrument der Immunität soll politische Amtsträger eigentlich vor politischer Strafverfolgung schützen.

Unterdessen räumte Sachsens Justizminister Jürgen Martens (FDP) ein, dass am 19. Februar 2011 auch sogenannte "stille SMS" versandt wurden, mit denen Personen geortet werden können, ohne dass sie es merken. Wie aus einem Brief des Ministers an den Abgeordneten Johannes Lichdi (Grüne) hervorgeht, der der taz vorliegt, seien an diesem Tag insgesamt 152 dieser SMS versandt worden. Hintergrund sei ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Für den 13. Februar werden in Dresden nun erneut zahlreiche Demonstrationen erwartet. Während Neonazis zu einem sogenannten "Trauermarsch" aufrufen, organisiert die Stadt eine Menschenkette "für Mut, Respekt und Toleranz". Das Bündnis "Dresden Nazifrei" will die Neonazidemo erneut durch Blockaden verhindern. Für den 18. Februar liegen laut sächsischem Verfassungsschutz derzeit keine Hinweise darauf vor, dass Rechtsextreme wie in den Vorjahren wieder einen Großaufmarsch plant.

<http://taz.de/Nazi-Blockade-in-Dresden!/86936/>

TAZ | 02.02.2012 | Martin Kaul

Rechtsstaat auf Bewährung

Selten war das Urteil so deutlich und die Strafe so gering: Nicht die Neonazis, auch nicht die Gegendemonstranten, so sagt es das Grundrechtskomitee, sondern die sächsischen Behörden waren rund um die Dresdner Nazidemonstrationen im Februar 2011 die größte Gefahr für die Gültigkeit von Grundrechten in Sachsen.

Das Tragische daran ist, dass dieser zutreffenden Analyse juristisch nichts folgt. Denn es sind ja gerade die Staatsanwälte und Gerichte, die in Dresden die Beschneidung von Grundrechten an vorderster Front vorangetrieben haben. Bei den nun anstehenden Demonstrationen am 13. Februar geht es daher längst nicht mehr nur um Neonazis. In Dresden sind die Bürger gefragt, ihre eigenen Grundrechte zu verteidigen.

Der Schaden, den die sächsische Landesregierung, Gerichte, Polizei und Staatsanwaltschaft ihrem Bundesland bislang zugefügt haben, ist enorm. Eine demonstrationsfreie Zone wollten die Staatsvertreter 2011 ausrufen; mit verwegenen Rechtskonstrukten und breit angelegten Überwachungsmaßnahmen haben sie Demonstranten belangt. Das wirkte nicht nur einschüchternd, sondern auch abschreckend. Heute ist festzustellen, dass die Behörden an einigen Stellen gelernt haben. Auf ihre Eskalationsstrategie, die halbe Stadt effektiv nur für Neonazis zu reservieren, wollen sie künftig verzichten. Auch rufen inzwischen viele CDU-Politiker zu friedlichen Protesten auf - ein Fortschritt. Doch kurz vor den kommenden Demonstrationen wird auch das Säbelrasseln wieder lauter: Die Polizei hat angekündigt, hart gegen Blockierer vorgehen zu wollen. Und der Justizminister will nicht ausschließen, dass es erneut zur Überwachung von Handys kommt. Das zeigt deutlich: Den Angeklagten auf der sächsischen Regierungsbank fehlt die Sensibilität und das Reuegefühl, die Rückfallgefahr ist groß. Am 13. Februar steht der sächsische Rechtsstaat unter Bewährung. Er sollte gut überwacht werden.

<http://taz.de/Kommentar-Dresdner-Nazi-Blockade!/86909/>
